



EUROPAS ZUKUNFT - EINE REGIONALISIERTE REPUBLIK

VON

PROFESSOR DR. WINFRIED BÖTTCHER

In dem nachfolgenden Artikel gehen wir von der These aus, dass die Europäische Union in ihrer derzeitigen Form nicht reformierbar ist. Der Hauptstörfaktor für eine grundlegende Reform ist der Nationalstaat. Wir haben es also mit einer Systemkrise des Nationalstaates zu tun und damit gleichzeitig mit einer Systemkrise der EU, die von den Nationalstaaten dominiert wird. Der Nationalstaat ist nicht bereit, seine Souveränität in einem notwendigen Maße auf die Ebene der Europäischen Union zu verlagern. Nach wie vor haben die Nationalen Interessen Vorrang vor dem Gemeinschaftsinteresse.

Der Artikel gliedert sich in drei Teile: Zunächst gehen wir auf die Erfolge der Integrationsbemühungen der vergangenen 65 Jahre ein, zeigen dann die vorhandenen Defizite auf, um am Schluss einen Ausweg in einem anderen, einem regionalisierten Europa zu suchen.

Vorbemerkung

Einigkeit herrscht in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit darüber, dass sich die Europäische Union in einer existenziellen Krise befindet. Allerdings gehen die Meinungen darüber auseinander, ob diese Krise, wie viele andere vorher gelöst werden kann und die Europäische Union gestärkt daraus hervorgeht oder ob wir ein völlig anderes Europa denken müssen.

Wir gehen davon aus, dass die derzeitige Krise keine ist wie jede andere. Wir haben es mit einer historischen Krise des Nationalstaates zu tun. Nach wie vor haben nationale Interessen Vorrang vor einem notwendigen Gemeinschaftsinteresse, ein Maximum an nationalen Egoismen, ein Minimum an Solidarität. Der sich beschleunigenden, immer unübersichtlicher werdenden Welt steht der Nationalstaat mehr oder weniger hilflos gegenüber.

Für den Wertverlust des Nationalstaates und seine abnehmende Rolle in der Welt kann man zumindest drei Begründungspunkte anführen:

> Die Bevorzugung nationaler Einzelinteressen stehen der Lösung notwendiger gemeinschaftlicher Sachprobleme im Wege. Sie schwächt mittelfristig nicht nur die eigene, sondern auch die europäische Legitimationsbasis.



> Die Bürgerinnen verweigern dem Nationalstaat immer öfter ihre Loyalität, da er zunehmend weniger in der Lage ist, für die sozialen Bedürfnisse, die Sorgen und Ängste der Menschen adäquate Lösungen anzubieten. Dies führt zu einem schleichenden Vertrauensschwund zwischen Regierenden und Regierten.

> Dem Nationalstaat fehlt eine Kontrolle über den Kapitalmarkt, den größten deregulierten globalen Markt. Im Jahr 2013 betrug der gesamte Welt-Warenhandel ca. 16000 Milliarden US-Dollar. Der Devisenhandel lag dagegen bei ca. 5000 Milliarden US-Dollar täglich. Daran zeigt sich die Machtlosigkeit der Nationalstaaten besonders deutlich. Zudem wird Druck auf ihn ausgeübt, durch grenzenlose Deregulierung und neoliberale "Überbietungslogik" die Widerstände für die "Fließgeschwindigkeit" des Kapitals auszuräumen.

In den nachfolgende Überlegungen (vgl. Böttcher, 2011, 2014a, 2014b) gehen wir also davon aus, dass der Nationalstaat die Zukunft nicht mehr gestalten kann. Dies trifft auch auf die Europäische Union zu, ein von Nationalstaaten dominiertes System. Damit ergibt sich die Frage, wie kann eine post-nationale Zukunft gestaltet werden.

Zunächst beschäftigen wir uns mit den zweifellos vorhandenen Erfolgen der Europäischen Gemeinschaft resp. Union, danach gehen wir auf wesentliche demokratische Defizite der EU ein und zeigen zum Schluss einen Ausweg in einem anderen Europa.

Erfolge europäischer Kooperation seit 1945

Winston Churchill (1874-1965) hielt am 19. September 1946 in der Universität Zürich seine viel beachtete Rede über die Zukunft Europas. Zwei zentrale Gedanken werden hier zitiert:

"Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten Europas schaffen. (...) Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. (...) Es gibt kein Wiederaufbauen Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland" (Churchill, 1946, S. 179).

Als Churchill 16 Monate nach Kriegsende diese richtungs- und zukunftsweisenden Gedanken formulierte, war der europäische Kontinent am Boden zerstört. Aus dem Krieg waren die USA und die UdSSR als die Weltpolitik bestimmenden Großmächte hervorgegangen. England gehörte zwar zu den großen Drei, war aber nur noch bedingt eine Großmacht, Frankreich vielleicht noch eine Mittelmacht, aber eine zutiefst erniedrigte Nation und Deutschland politisch entmündigt in vier Sektoren aufgeteilt, unfähig, sich selbst zu ernähren. Die Städte lagen in Schutt und Asche, die Währung war wertlos, die Infrastruktur zerstört, der größte Teil der erwerbsfähigen Männer tot. Die Trümmerfrauen sicherten ein Minimum des Überlebens.



Das Image der Deutschen in der Welt war verheerend. Die deutschen Verbrechen waren in ihrem Ausmaß einzigartig in der Weltgeschichte. Paul Padover(1905-1981), Psychologe und Historiker in der Abteilung für Psychologische Kriegsführung(PWD) schrieb 1944 in einem Brief: " Niemand wird verstehen, was die Europäer von den Deutschen halten, solange man nicht mit Belgiern, Franzosen oder Russen gesprochen hat. Für sie ist nur ein toter Deutscher ein guter Deutscher" (Padover, 1999, S.144).

Die Hoffnungslosigkeit in Europa war so tiefgreifend, dass man glaubte, es würde Jahrzehnte dauern bis Europa aus eigener Kraft überlebensfähig wäre. Charles de Gaulle (1890-1970) verkündigte 1945 "voller Überzeugung, daß es 25 Jahre >unermüdlicher Arbeit < bedürfe, bevor Frankreich wieder aufgebaut sei". (Judt, 2006, S.112) Diesen Aufbau wollte Frankreich durch Ausbeutung Deutschlands erreichen, durch das Verbot einer Waffen- und Rüstungsindustrie, durch Reparationen wie den Einsatz deutscher Arbeitskräfte in Frankreich, Konfiszierung von Agrarprodukten, Holz, Kohle und Maschinen. Die Ressourcen an Rhein, Ruhr und Saar sollten ausschließlich Frankreich zugutekommen (vgl. Judt, 2006, S.140).

Obwohl dieser Fehler schon nach dem 1. Weltkrieg gemacht worden war, bleibt die Haltung Frankreich verständlich. In 70 Jahren wurde Frankreich dreimal von Deutschland überfallen.

Aber die zunehmende Entfremdung zwischen den vormaligen Kriegsalliierten zwang Frankreich - spätestens nach der Außenministerkonferenz von 1947 in Moskau - umzudenken. Der damalige französische Außenminister und spätere Ministerpräsident Georges Bidault (1899-1983) erklärte im Januar 1948: "Als Ziel sollte man den Alliierten wie den Deutschen die wirtschaftliche und politische Integration Deutschlands in Europa vorschlagen. (...) Nur auf diesem Wege kann es ein politisch dezentralisiertes, aber wirtschaftlich blühendes Deutschland geben"(Bidault zit. bei Judt, 2006, S.143).

So war es nicht die Einsicht, die Frankreich zu einer Kehrtwende seiner Haltung veranlasste. Vielmehr waren es auf der einen Seite die zunehmend aggressivere Politik Moskaus und auf der anderen Seite der Druck der Amerikaner. Die USA sahen schon früh ein, dass ohne ein wiedererstarktes Deutschland dem Expansionsdrang Stalins nicht begegnet werden konnte. Spätestens nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland verfolgte Frankreich deren Einbindung in zu schaffende europäische Strukturen als die zweitbeste Lösung, um Deutschland zu kontrollieren.

Der erste Erfolg dieses Umdenkens war die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), am 23. Juli 1952 in Kraft getreten. Diese erste umgesetzte Initiative europäischen Einigungsbestrebens wollen wir etwas genauer betrachten, während andere Erfolge der 65-jährigen Geschichte der Gemeinschaft nur exemplarisch und cursorisch erwähnt werden.



Zu Beginn der 50-er Jahre des vorigen Jahrhunderts sprachen sowohl Konrad Adenauer (1876-1967) als auch Jean Monnet (1888-1979) von einer Gründung einer deutsch-französischen Union, einer Art Fusion beider Länder.

Am 7. März 1950 gab Konrad Adenauer dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith ein Interview, indem er ausführte: "Eine Union zwischen Frankreich und Deutschland würde einem schwerkranken Europa neues Leben und einen kraftvollen Auftrieb geben. Psychologisch und materiell würde sie von gewaltigem Einfluss sein und Kräfte freisetzen, die Europa sicherlich retten werden. Ich glaube, dies ist die einzige Möglichkeit, die Einheit Europas zu erreichen. Hiermit würde der Rivalitätsgedanke zwischen beiden Ländern verschwinden" (Adenauer, 1965, S.312). Auch Jean Monnet, der Architekt der EGKS, führt in seinen Erinnerungen ähnlich aus, wenn er schreibt: "Europa soll auf föderalistischer Grundlage organisiert werden. Eine französisch-deutsche Union ist dabei ein wesentliches Element, und die französische Regierung ist entschlossen, sie in Angriff zu nehmen." (Monnet, 1978, S. 376)

Auf diesem Gedanken basiert der Plan einer sektoralen Integration, den Robert Schuman (1886-1963) am 9. Mai 1950 nach einer Abstimmung mit Konrad Adenauer der Öffentlichkeit vorstellte. Kohle und Stahl waren die entscheidenden Voraussetzungen zur Herstellung von Waffen. Somit war die gemeinsame Kontrolle über die französischen und deutschen Ressourcen ein "Unterpfand des Friedens".

Der grundlegende Satz des Dokuments lautet: "Durch die Zusammenlegung der Basisproduktion und die Einrichtung einer Hohen Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die sich anschließenden Länder verbindlich sind, werden die ersten konkreten Grundlagen einer europäischen Föderation geschaffen, die unerlässlich ist für die Wahrung des Friedens". (Monnet, 1978, S.380) Dort werden "die Methode, die Mittel und das Ziel" (ibid.) in einem Satz zusammengefasst.

Nach unserer Auffassung war Europa nie einer Integration näher, wenn auch nur sektoral. Integration wird hier im Sinne Johan Galtungs verstanden als "Prozess, bei dem zwei oder mehr politische Akteure einen neuen politischen Akteur bilden" (Galtung, 1968, S.375).

Wie leicht nachvollziehbar ist, existiert heute mit der EU zwar ein neuer politischer Akteur auf der Weltbühne, gefesselt aber durch nationalistische, egoistische Einzelakteure, die möglichst wenig Souveränität übertragen wollen. Nach wie vor gilt bei wesentlichen Entscheidungen nicht das notwendige Mehrheitsprinzip sondern das Veto.

Dennoch gibt es unbestreitbar Erfolge auf dem Wege, Integration zu erreichen. Begonnen hat es mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl, wie oben erwähnt. Dort wurde auch die Grundlage für eine 65-jährige wunderbare Friedensidee gelegt, wenn auch nur für einen Teil Europas.



Daran mag man ermessen, welches Glück wir haben. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte Europas bestand eine solch lange Friedenszeit zwischen so vielen Völkern, ja, man wird erinnert an den Kantschen Begriff "Zum ewigen Frieden" (vgl. Kant, 1795/1914). Aus Feinden wurden Nachbarn, aus Grenzen Verbindungslinien. Selbst wenn das europäische Projekt scheitern sollte und nichts übrig bliebe als der Friede, so hätten sich die Anstrengungen gelohnt. Allerdings führt uns die Ukraine-Krise vor Augen, wie zerbrechlich der Friede ist, und wie schnell sich mitten in Europa eine gefährliche Eskalationsspirale entwickeln kann. In diesen Zeiten werden nicht selten Erinnerungen an alte Vorkriegszeiten wach.

Die guten Erfahrungen, die man mit den föderalen Elementen der EGKS gemacht hatte, wollte man 1954 in die europäische Verteidigungsgemeinschaft, die EVG, einbringen. Dies hätte sicherlich zu einer unumkehrbaren politischen Union geführt. Die EVG scheiterte an dem Votum der Französischen Nationalversammlung.

Mit der Unterzeichnung und Ratifizierung der Römischen Verträge von 1957 machte man dann einen großen Schritt in die Richtung, wie sich die EU uns heute zeigt. Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft begann das größte Modernisierungsprojekt in Europa seit Beginn der Industrialisierung im ausgehenden 18. Jahrhundert. Es entstand der größte Wirtschaftsblock der Welt.

30 Jahre nach der Verabschiedung der Römischen Verträge brachte die Einheitliche Europäische Akte, die EEA, einen wichtigen Fortschritt in den Integrationsbemühungen. Das Europäische Parlament, erstmals 1979 von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt, wurde gestärkt, die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen verbessert, Kompetenzen und das Mehrheitsprinzip der Union auf neue Politikbereiche ausgeweitet.

Den größten Sprung nach vorne machte die Gemeinschaft mit dem Vertrag von Maastricht 1992: "Vertrag über die politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion". Das Parlament entscheidet in Zukunft mit, der Binnenmarkt wird geschaffen, die politische Zusammenarbeit gestärkt, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angestrebt und die Währungsunion auf den Weg gebracht.

Weil die Nationalstaaten es verhindern, hat das Parlament zwar erheblich an Bedeutung gewonnen, aber es hat nach wie vor nicht die Möglichkeit, eine europäische Regierung zu wählen. Allerdings konnten die im Europaparlament vertretenen Parteien zum ersten Mal 2014 mit Spitzenkandidaten für den Kommissionspräsidenten um die Gunst der Wähler werben. Gegenüber den bisherigen Gepflogenheiten, den Kommissionspräsidenten in Absprache zwischen den Staats- und Regierungschefs auszuwählen, war dies ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Dahinter kann Europa nicht mehr zurückfallen.



Die Einführung des Euro als Zahlungsmittel 2002, in nunmehr 19 Ländern, bedeutete einen Integrationsfortschritt und einen europäischen Identitätszuwachs. Allerdings liegt auch der unvollendeten Währungsunion der Irrglaube zugrunde, man könne über eine einheitliche Währung Volkswirtschaften einigen. Umgekehrt ist es richtig, erst eine Einigung der Volkswirtschaften macht eine einheitliche Währung möglich und sinnvoll, wie historische Beispiele belegen.

Die Erweiterung der EU um 12 neue ost- und mitteleuropäische Staaten hat, trotz aller Kritik und bis heute nicht bewältigten ökonomischen Folgewirkungen, etwas nicht zu überschätzendes erreicht: Sie hat endgültig die jahrhunderte alte Teilung des geschundenen europäischen Kontinents aufgehoben.

Grundlegende demokratische Defizite

Auf mehreren Ebenen der Europäischen Union lassen sich erhebliche Demokratiedefizite ausmachen. Nach unserer Auffassung liegt der entscheidende Geburtsfehler bei der Gründung des europäischen Projekts in der fehlenden Gewaltenteilung und damit in der gegenseitigen Kontrolle der Gewalten. Seit Montesquieu (1689-1755) haben wir gelernt, dass nur eine Gewaltentrennung gegenseitige Kontrolle garantiert und das Omnipotenzstreben der Macht in Schranken hält. In den Römischen Verträgen wird zwar formal mit der Kommission, dem Rat, dem Parlament und dem Gerichtshof ein "Organgeflecht" angedeutet, das Gewaltenteilung suggeriert, aber höchst asymmetrisch angelegt ist.

Machtausübung und direkte demokratische Legitimation der Macht driften weit auseinander. Nach wie vor ist die eigentliche Legislative der EU der Europäische Rat, besonders in der Form der Staats- und Regierungschefs, wenn auch zunehmend unter Mitwirkung des Parlaments. Der Rat bezieht seine Legitimation aus den Wahlen in den Mitgliedstaaten. Jedoch mit zunehmenden Mehrheitsentscheidungen im Rat wird selbst dieser Legitimationsanspruch fraglich. Hierbei offenbart sich ein Legitimitätsdilemma insofern, als einerseits Mehrheitsentscheidungen die Effizienz des Systems stärken, andererseits die aus den Mitgliedstaaten abgeleitete Legitimation untergraben.

Das Parlament bezieht zwar seine Legitimation aus Wahlen, wenn auch nach nationalen Regeln und nicht grenzüberschreitend. Dies schlägt sich jedoch nicht nieder in einer umfassenden Souveränität der Gesetzgebung und der Bestellung einer Regierung. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt das Demokratiedefizit virulent. Ändern wird sich das kaum, weil die Nationalstaaten nicht bereit sind, ihre Souveränität aufzugeben.

Ein weiteres Hauptdefizit des europäischen Einigungsprojekts liegt in der fehlenden diskursiven Auseinandersetzung der EU mit ihren Bürgerinnen.



Die Völker Europas, die eigentlich die Träger einer zukünftigen europäischen Ordnung sein sollten, bleiben bei dem derzeitigen Konzept außen vor. Die herrschenden Politeliten wissen, was für ihre Völker gut ist oder nicht. Die Völker wurden zwar mit den Direktwahlen für das Europaparlament formal einbezogen, aber mehr oder weniger ohne Wirkung. Von Beginn an war das Projekt Europa eine Angelegenheit der europäischen Eliten, an dem der "normale" Mensch keinen Anteil hatte und heute noch immer nicht hat (s. dazu auch: Habermas 2011, 78f.). Die Europäische Union ist ein Rückfall in vorkonstitutionelle Verhältnisse. "Jenes Defizit (der Demokratie) ist also nichts weiter als ein vornehmer Ausdruck für die politische Entmündigung der Bürger" (Enzensberger 2011, S. 51f.)

Da es keine europäische Öffentlichkeit gibt, weil Diskurse und Kommunikation aber an Verstehen durch Sprache gebunden sind, bleiben Informationen über Europa immer national gefärbt. Da Meinungs- und Willensbildung über Europa sich in Parteien, Parlamenten, Verbänden, Nicht-Regierungsorganisationen vollzieht, findet sie für die Union nur rudimentär statt.

Eine europaweite zivilgesellschaftliche Infrastruktur existiert nicht einmal in Ansätzen. Eine solche Infrastruktur ist aber für jedes demokratische Gemeinwesen unerlässlich. Gleiche Informationen für alle europäischen Bürgerinnen ermöglicht erst die notwendige Partizipation und die Akzeptanz von Entscheidungen.

Die vornehmliche Konzentration der Brüsseler Behörden auf ökonomische Sachverhalte, marktrational und bürokratisch, hat bisher wenig Raum für die zunehmende wohlfahrtsstaatlichen Notwendigkeiten übrig. Das heutige Europa ist in erster Linie ein wirtschaftliches Europa geblieben, was es von Anfang an war. "Was mich am meisten beunruhigt, ist die himmelschreiende Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten Gruppen am stärksten treffen" (Habermas 2011, S. 99).

Da die gegenseitige Blockade der Föderalisten und Unionisten, ein Streit seit der Haager Konferenz von 1948, nicht auflösbar ist und nur kleinste funktionalistische Fortschritte im Einigungsprozess zulassen, gehen wir davon aus, dass mit den Nationalstaaten Europa nicht zukunftsfähig ist. "Entweder geht das Europa der Nationalstaaten unter, oder es geht das Projekt der Überwindung der Nationalstaaten unter" (Menasse 2012, S. 107).

Der Ausweg - Ein anderes Europa

Wie bereits erwähnt, sind wir davon überzeugt, dass die Europäische Union mit Nationalstaaten als ihren bestimmenden Hauptakteuren nicht reformierbar ist. Sie könnten allerdings der guten europäischen Sache einen letzten Dienst erweisen, indem sie sich im Sinne Hegels aufheben, also auflösen und auf einer höheren Ebene in einer Republik aufgehen.



Diese Vorstellung wollen wir skizzenhaft in eine "konkrete Utopie" fassen. Damit meinen wir nicht eine Utopie im naturwissenschaftlich-technischen Bereich (science fiction), was wir auch nicht meinen, sind negative Utopien, die vom Totalverlust der Freiheit des Menschen durch nicht legitimierte Herrschaft ausgehen (George Orwell, 1903-1950/ Aldous Huxley, 1894-1963).

"Wenn es aber Wirklichkeitssinn gibt, und niemand wird bezweifeln, daß er seine Daseinsberechtigung hat, dann muß es auch etwas geben, das man Möglichkeitssinn nennen kann. (Musil 1930/1933, 2013, S. 19)

Unser "Möglichkeitssinn", eine Vision, eine "konkrete Utopie" geht davon aus, dass sie geeignet erscheint, eine bessere europäische Gesellschaft zu entwickeln. Hierbei übersteigt der damit verbundene Demokratiebegriff das rein Deskriptive, vielmehr benutzen wir "konkrete Utopie" als nützliches Analyseinstrument. Mit ihr wenden wir uns gegen die Erstarrung des Systems, gegen das Steckenbleiben im Vordergründigen, gegen den lähmenden Funktionalismus, gegen die Dominanz der Nationalinteressen, gegen die Ungleichheit zwischen großen und kleinen Ländern, gegen die Bürgerferne im heutigen Lissabon-Europa und vieles mehr. Mit unserer "konkreten Utopie" von einem anderen Europa wollen wir kein Idealbild malen. Dies würde allein schon dem Adjektiv "konkret" widersprechen. Nein, wir wollen in unserer Kritik an den bestehenden Verhältnissen Mittel und Wege einer Realisierung aufzeigen, die zu einer, wenn auch radikalen Veränderung der heute vorfindlichen europäischen Gesellschaft führen.

In unserer Auffassung - selbst wenn sie heute noch als Utopie abgetan wird - werden wir durch folgende Tatsachen bestärkt. Viele naturwissenschaftlich-technische Entwicklungen, aber auch gesellschaftlicher Fortschritt, lange vor ihrer Realisation als Utopien gedacht, sind für uns heute selbstverständlich. Was unsere Vorstellung von einem anderen Europa verheißt, wird dann in Zukunft Wirklichkeit sein, "wenn es zu der Zeit verkündet wird, da es noch unmöglich scheint" (Hommes 1974, S.1576). Wir können uns also voll und ganz Oskar Negt anschließen, wenn er am Ende seines Buches "Der politische Mensch" feststellt: "Nur noch die Utopien sind realistisch" (Negt 2010, S. 560).

Gegenstand unserer "konkreten Utopie" ist die regionalisierte Republik nach der Auflösung der Nationalstaaten Frankreich und Deutschland. Die Regionen, im Moment 16 deutsche und 13 französische (ein Neuzuschnitt ist möglich), sind die Träger der 1. Europäischen Republik.

Als Victor Hugo (1802-1885) im Februar 1871 zum Mitglied der sich neu konstituierenden Nationalversammlung in Bordeaux gewählt wurde, hielt er am 1. März 1871 eine Rede über die Zukunft Europas.



Dort proklamierte er, durch eine Vereinigung von Frankreich und Deutschland ein Kerneuropa zu bilden. Dies war eine Idee, die der Publizist Ludwig Börne (1786-1837) schon 1836 in seiner Zeitschrift "La Balance" geäußert hatte (Lützeler 1992, S. 108-118). Hugo beschwor während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 die Kriegsgegner: "Nunmehr wird es in Europa zwei fürchterliche Nationen geben; die eine ist furchtbar, weil sie gesiegt hat, die andere, weil sie verloren hat." Weder sollte sich die eine dem Siegestaumel hingeben, noch die andere Revanchierungsgelüsten, vielmehr sollten "wir in Zukunft ein einziges Volk bilden", eine "einzige Republik", "keine Grenzen mehr!" rief er aus, "der Rhein gehört allen! Seien wir eine Republik, bilden wir die Vereinigten Staaten von Europa! Gründen wir die europäische Freiheit, den Weltfrieden (Hugo zit. n. Lützeler 1992, S. 178).

Im Nachhinein kann man nur ausrufen: Ach, hätten unsere Vorfahren doch auf den Dichturfürsten gehört, wieviel unsägliches Leid wäre den Völkern erspart geblieben.

Mit einer Aufhebung der beiden wichtigen Nationalstaaten könnte der zentrale Denkansatz des regionalen Föderalismus als Lebens- und Ordnungsprinzip in einer 1. Europäischen Republik praktisch umgesetzt werden. Zwei große bestimmende Kulturströmungen des alten Europa könnten in einem großen Strom zusammenfließen unter Beibehaltung regionaler Kulturen als Erinnerung an Vergangenheit und Vermächtnis für eine humane Zukunftsgestaltung.

In einer solchen Republik, in der zwei große Völker ihre Interessensgegensätze überwinden, werden auch die vier Hauptfragen des Gesellschaftssystems gelöst:

- > "Die Ordnungsfrage nach dem richtigen Gebrauch der gegebenen Produktionsmöglichkeiten;
- > die politische Frage nach der Machtverteilung;
- > die soziale Frage nach den notwendigen Korrekturen zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen und Benachteiligten;
- > die moralische und vitale Frage nach den Voraussetzungen des Glücks, dem Sinn des Wirtschaftens und Lebens" (Röpke 1961, zit. n. Kohlhasse 1988, S. 61).

Eine solche Republik, nur aus Frankreich und Deutschland bestehend, würde fast 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der 27 EU-Staaten und fast 150 Millionen Einwohner ausmachen. Spielen wir zunächst die Idee nur für Frankreich und Deutschland durch, obwohl wir uns gut vorstellen können, dass Belgien und Luxemburg von Beginn an mitmachen wollen. Bei den Niederlanden sind wir eher skeptisch.

Konkret geht es also um den Austritt von Frankreich und Deutschland aus der Europäischen Union, vereint in dem gemeinsamen Willen, einen Systemwechsel in Europa herbeizuführen.



Der neue europäische Kernstaat, die regionalisierte Republik, besteht aus zwei gleichberechtigten Häusern, dem Völkerhaus und dem Regionen-Haus. Sie hängen voneinander ab, kontrollieren sich gegenseitig und teilen die Macht.

Beginnen wir mit der Verfassung für das neue System. Wie bei allen modernen Verfassungen, so auch die hier zu konstituierende, legt die Grundstrukturen des politischen, demokratischen Systems fest. Es werden die Menschen-, Bürger- und Sozialrechte, die politische Willens- und Entscheidungsbildung, die Institutionen in ihren Kompetenzabgrenzungen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit, Ämter und Führungspositionen festgeschrieben.

"Die zweite wesentliche Funktion ist die Legitimierung der konstituierten Ordnung. Die Legitimation einer bestehenden politischen Ordnung bedeutet, dass diese Ordnung als gut und gerecht, das heißt als legitim, anerkannt wird. Die Verfassung kann eine politische Ordnung dadurch legitimieren, dass sie auf den Ursprung und die besonderen Umstände ihrer Gründung zurück verweist. Im Akt der Verfassungsgebung haben > we the people <, wie es in der amerikanischen Verfassung von 1787 heißt, beschlossen, sich eine Verfassung zu geben. 1949 gibt sich das > deutsche Volk < das Grundgesetz und damit eine neue Ordnung" (Vorländer 1999, S. 17f.). (Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 hat sich das wiederzuvereinigende deutsche Volk keine neue Verfassung gegeben, für uns ein Geburtsfehler der neuen Bundesrepublik, der sich noch heute negativ bemerkbar macht).

Aus allen Schichten der deutschen und französischen Regionen wird eine paritätisch zusammengesetzte, gemeinsame verfassungsgebende Versammlung mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragt. Nach der Verabschiedung wird ein regionenweites Referendum abgehalten. Für eine Annahme der Verfassung bedarf es einer Zustimmung von zwei Dritteln der Wähler, jeweils aus beiden Ländern.

Gehen wir noch kurz auf die beiden Häuser der Republik und die Souveränitätsfrage ein. Grundsätzlich haben wir es insofern mit einem neuen System zu tun, weil direkte und repräsentative Demokratieelemente unauflöslich miteinander verschränkt sind. Dies ist im Sinne einer partizipativen Beteiligung der Bürgerinnen der Republik.

Die beiden Legislativorgane sind das Völkerhaus und das Regionen-Haus. Das Völkerhaus, die erste Kammer der Republik, setzt sich aus je zwei Abgeordneten pro angefangener Million Einwohner zusammen, die direkt gewählt werden. Im Moment wären das 297 Abgeordnete. Aus dem Parlament heraus und diesem verantwortlich wird dann eine neue Regierung gebildet, mit einem Minimum an Zuständigkeiten. Alles, was nicht ausdrücklich in die Kompetenz des Völkerhauses und der aus ihm hervorgegangenen Regierung fällt, ist in den Regionen verortet.



Die Bevölkerung der Regionen wählt pro Region, unabhängig von ihrer Größe 6 Abgeordnete in das Regionen-Haus. Im Moment wären die 174 Abgeordnete. Alle Gesetze, die nicht ausdrücklich in die Souveränität der Regionen fallen, bedürfen der Zustimmung beider Häuser.

Jede der 29 Regionen dieser neuen Republik hat eine eigene Verfassung und ist weitgehend souverän, etwa vergleichbar den Schweizer Kantonen.

An der Umsetzung regionaler Politik sind möglichst viele Individuen, Gruppen und Interessen zu beteiligen. Je breiter die Basis der Beteiligung am Zustandekommen einer Entscheidung ist, desto weniger Widerstand ist durch Partikularinteressen zu erwarten. So soll auch das Regionalparlament möglichst genau die Interessen der Region abbilden. Dies setzt aber voraus, dass wir es nicht mehr mit einem Parteienparlament alten Stils zu tun haben. Parteien, Bürgerinitiativen, Einzelinteressen, Gewerkschaften, Unternehmer, NGOs, unabhängige Arbeitervertretungen oder wie auch immer sich Interessen bündeln und artikulieren, können sich für das Regionalparlament zur Wahl stellen. Sperrklauseln widersprechen diesem Demokratieansatz. Aus dem Parlament wird ein Regionalrat gebildet, der zusammen mit einer Verwaltung die Politik ausführt. Der Regionalrat ist jederzeit nach in der Verfassung festgelegten Regeln abrufbar.

Die höchste Instanz der Region ist der Bürgerentscheid, der zu jedem Thema nach einem festgelegten Quorum durchgeführt werden kann. Das Ergebnis ist für alle in der Region Ansässigen bindend.

Um unsere Idee kurzfristig in Gang zu setzen, könnte man mit einer deutsch-französischen doppelten Staatsbürgerschaft, die später in einer Republikbürgerschaft aufgeht, beginnen. Auch wäre die deutsch-französische Verteidigungsgemeinschaft und ein Finanz- und Wirtschaftsrat möglich, zumindest mit einem gemeinsame Mandat für internationale Verhandlungen versehen. Auch könnte der französische Sitz in der UNO in einen gemeinsamen französisch-deutschen Sitz umgewandelt werden. Dies sind einige wenige von vielen Möglichkeiten einer beginnenden Integration, an deren Ende dann die 1. Europäische Republik stünde, wenn man das Projekt den überhaupt will.

Mit diesem Vorschlag verfolgen wir nicht mehr und nicht weniger als den Menschen zur Zentralinstanz der Demokratie zu machen. Dies kann er aber nur im unmittelbaren Umfeld der Gemeinde, der Region sein. Der Mensch als überstaatliches Wesen ist in seiner Region, wo er direkt von politischen Entscheidungen betroffen ist, selbst Träger der Politik. Die regionale Zivilgesellschaft ist ihre eigene Herrin über die politisch notwendig zu treffenden Entscheidungen. Im Idealfall ist jeder Bewohner/jede Bewohnerin einer Region auch aktiv in der Politik, wenn auch auf unterschiedlichen Ebenen.



Region und Person, Regionalismus und Subsidiarität stehen in einem unauflösbaren Bedingungsverhältnis zueinander. Jede Person mit eigener Identität lebt in einer spezifischen Region mit eigener Regionsräson. Die jeweilige Region hat ein bestimmtes Daseinsgesetz, nach welchem sie geworden ist, bestimmte Lebensbedingungen, die sie unverwechselbar zu der spezifischen Region machen, die sie ist. Dies kann man beziehen auf räumliche Ausdehnung, auf eine bestimmte soziale und/oder politische Verfasstheit, auf eine Stammeszugehörigkeit, auf ein besonders erbrachte Leistung u.ä. Eine solche Besinnung auf die eigene Regionsräson integriert die jeweils sprachlichen und kulturellen Besonderheiten und die Vielfalt von Lebensentwürfen zu einem unverwechselbaren Gefühl mit einer individuellen und regionalen Identität. Die alten nationalstaatlichen Identitäten verblassen allmählich und werden in einer regionalisierten Republik mehr und mehr überlagert. Neben den starken regionalen Identitäten bildet sich allmählich ein republikanisches Gemeinschaftsbewusstsein heraus, das altnationale Identitäten aufhebt, auch dies im Sinne Hegels.

Dieses neue System einer regionalisierten Republik bildet ein variables regionales Gesellschaftssystem heraus, in dem jede Region nach ihrer eigenen Regionsräson leben kann. In Abwandlung eines Gedankens von Jacob Burckhardt (1818-1897) existiert mit der Region "ein Fleck auf der Welt", wo eine "größtmögliche Quote" der Bewohner "Bürger in vollem Sinne sind..." (vgl. Burckhardt 1905/1941, S.81f.)

Eine regionalisierte Republik wirkt als lebendiger Regionalismus, nahe beim Alltag der Menschen, der möglichst mit solidarischer und partizipativer Beteiligung aller Betroffenen die anfallenden Probleme zu lösen vermag.

Das Europa der Zukunft wird humanistisch, regional und republikanisch oder es wird gar nicht sein.

Verwendete Literatur

Adenauer, Konrad (1965), Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart

Böttcher, Winfried (2011), Ein anderes Europa- Von den Nationalstaaten zu den Regionen, Baden-Baden

Böttcher, Winfried (Hrsg.), (2014a), Klassiker des Europäischen Denkens - Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte, Baden-Baden

Böttcher, Winfried (1914b), Von der Staatsraison zur Regionsräson in einem anderen Europa, in: Daniela Heid u.a. (Hrsg.), Festschrift für Manfred Dausen zum 70. Geburtstag, S.1-16, München



Burckhardt, Jacob (1905/1941), Weltgeschichtliche Betrachtungen (WB), hrsg. v. Werner Kaegi

Churchill, Winston (1946), Rede vor der akademischen Jugend in Zürich, in: Wilhelm Cornides (Hrsg.), Europaarchiv, Dokumente, Folg Okt./Nov., S.179, Bonn/Koblenz

Enzensberger, Hans Magnus (2011), Sanftes Münster Brüssel oder Die Entmündigung Europas, Berlin

Galtung, Johan (1968), A Structural Theory of Integration, in: Journal of Peace Research, JPR, p. 375-395

Habermas, Jürgen (2011), Die Verfassung Europas, Berlin

Hommes, Ulrich (Hrsg.), (1974), Utopie, in: Hermann Krings u. a., Handbuch Philosophische Grundbegriffe, 6 Bde., München

Judt, Tony (2005), Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München, Wien

Kant, Immanuel (1795/1914), Zum ewigen Frieden, hrsg. v. Karl Vorländer, Leipzig

Kohlhase, Norbert (1988), Einheit in der Vielfalt - Essays zur europäischen Geschichte, Kultur und Gesellschaft, Baden-Baden

Menasse, Robert (2012), Der Europäische Landbote, Wien

Monnet, Jean (1978), Erinnerungen eines Europäers, München, Wien

Musil, Robert (1930, 1931/ 2013), Der Mann ohne Eigenschaften, Köln

Negt, Oskar (2010), Der politische Mensch, Göttingen

Padover, Saul K. (1946/1999), Lügendetektor - Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, 2. Aufl., Frankfurt a. M.

Sandkühler, Hans Jörg (Hrsg.), (2010), Enzyklopädie Philosophie, darin: Stichwort: Utopie, 3 Bde., Hamburg

Vorländer, Hans (1999), Die Verfassung - Idee und Wirklichkeit, München





EUROPAS ZUKUNFT
PROF. DR. BÖTTCHER

ANMERKUNG

Der vorliegende Beitrag ist ein Vorabdruck des im Druck befindlichen Beitrags in englischer Sprache für die Festschrift zu Ehren von Professor Devetak, Maribor zur Vollendung des 80sten Geburtstages.

Anlässlich des 55sten Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée - Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich habe ich eine Vision für die gemeinsame Zukunft gewagt.

WINFRIED BÖTTCHER
Aachen, 23.1.2018